

„Der typische Wähler? Den gibt es nicht“

Der Vorsitzende der Piratenpartei in Braunschweig über den Erfolg in Berlin, Politikverdrossenheit und Wissenslücken der Mitglieder

Die Piraten haben bei der Wahl in Berlin alle Erwartungen übertroffen. Auch in Niedersachsen erbeuteten viele Parteimitglieder vor einer Woche Sitze in den kommunalen Parlamenten. Was ist das Geheimnis ihres Erfolges? Mit dem Vorsitzenden der Partei in Braunschweig, Oliver Schönemann, sprach Katrin Teschner.

Herr Schönemann, was war ihr erster Gedanke, als Sie vom Wahlergebnis in Berlin hörten?

Als erstes dachte ich: unglaublich! Ich habe zwar damit gerechnet, dass wir gut abschneiden, schließlich lagen wir bei den Umfragen bei 9 Prozent. Aber dass es am Ende so gut wird, hatten wir nicht erwartet.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wertet den Erfolg Ihrer Partei als „klassischen Protest“.

Das greift zu kurz. Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, haben wir rund 23 000 Nichtwähler aktivieren können. Das schaffen die etablierten Parteien nicht. Außerdem sind viele der Grünen zu den Piraten gewandert.

Woran liegt das?

Die Grünen sind mittlerweile in den Reigen der etablierten Parteien aufgenommen worden und haben damit das Partei-gegen-Parteien-Image verloren. Es gibt ja auch prominente Grüne, die inzwischen Mitglieder der Piratenpartei geworden sind, der bekannteste Name ist wohl Angelika Beer. Etliche wandern zu uns rüber, weil sie die Grundsätze Basisdemokratie und Mitbestimmung noch hochhalten wollen.

In diesen Punkten liegen die Piraten und die Grünen doch gar nicht so weit auseinander.

Aber die Grünen konnten ihre Idee von Basisdemokratie nicht durchsetzen. Wir haben den Vorteil, dass wir mit dem Internet ein schnelles, weltweites Medium zur Verfügung haben. Durch die enge Vernetzung der Mitglieder können wir Meinungsbilder innerhalb von 24 Stunden deutschlandweit abfragen. Wir können die Ziele auch durchsetzen und nicht nur wie ein Fähnchen vor uns hertragen.

Jung, männlich, engagiert – so werden die typischen Mitglieder der Piratenpartei beschrieben. Wie sieht der typische Wähler aus?

Der typische Wähler? Den gibt es nicht. In Braunschweig haben wir zum Beispiel Informatiker, Bauingenieure, eine Buchhändlerin, Schüler



Oliver Schönemann

wurde 1968 geboren. Er ist gelernter Bürokaufmann, arbeitet inzwischen aber als Systemanalytiker bei VW. Seit 26 Jahren beschäftigt er sich mit Computern. Zur Piratenpartei kam Schönemann, als bundesweit die Diskussion um das Sperren von Kinderporno-Seiten im Netz entbrannte. Er setzte sich gegen Sperren ein, weil sie seiner Ansicht nach ohnehin leicht zu umgehen sind. Seit Gründung der Piratenpartei in Braunschweig ist Schönemann Vorsitzender des Stadtverbands. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.
Foto: Rudolf Flentje

Finanzen zum Beispiel? Auf diesem Gebiet wird der Piratenpartei ja keine große Kompetenz zugeschrieben.

Eines unserer wichtigsten Prinzipien ist: Wenn wir nicht eindeutig Stellung beziehen können, weil uns die Sachkenntnis fehlt, besetzen wir das Thema nicht. Bevor wir anfangen, Phrasen zu dreschen, nur um ein Vollprogramm vorzugaukeln, geben wir lieber zu: Es gibt Punkte, da haben wir niemanden, der das kann. Wir bitten aber darum, sich uns anzuschließen. Jeder darf mitmachen, irgendwann werden wir ein Vollprogramm haben.

Wie viel Zeit geben Sie sich denn?

Bis wir ein wasserdichtes Vollprogramm nach unseren Maßstäben haben, können noch zehn Jahre ins Land gehen. Um auf das Niveau der etablierten Parteien zu kommen, brauchen wir wohl nur anderthalb bis zwei Jahre. Wenn man sich die Programme der Parteien durchliest, werden doch kaum Lösungen angeboten. Wir wollen aber erst Alternativen anbieten, wenn wir auch eine Lösung für ein Problem haben.

Von der Statt-Partei in Hamburg bis zu den Republikanern sind schon viele Politik-Neulinge entzaubert worden und bald wieder aus den Parlamenten geflogen. Wie wollen Sie verhindern, dass Sie eine Eintagsfliege bleiben?

Unser Anspruch ist, die politische Landschaft nachhaltig zu verändern. Wir haben eine Riege von Politikern, die oben irgendwas tut. Und hinten raus fallen Steuererhöhungen, Benzinpreis-Erhöhungen, Lkw-Maut. Das muss nicht schlecht sein. Aber mit mehr Transparenz und Offenheit kann man auch negative Sachen besser verkaufen. Politik muss so offen werden, dass jeder Entscheidungen nachvollziehen kann. Und Politiker müssen Vertrauen haben in die Intelligenz der Bürger und Mitbestimmung zulassen.

STICHWORT

Piraten in unserer Region

Braunschweig: Stadtrat (2 Sitze), Stadtbezirksrat Östliches Ringgebiet (1 Sitz)
Gifhorn: Kreistag (1), Stadtrat (1), Samtgemeinderat Isenbüttel (1), Samtgemeinderat Papenteich (1), Gemeinderat Schwülper (1).
Peine: Kreistag (1), Stadtrat (1), Gemeinderat Edemissen (1), Gemeinderat Ilsede (1), Ortsrat Klein Ilsede (1)
Wolfenbüttel: Kreistag (1), Stadtrat (2), Gemeinderat Cremlingen (1)
Wolfsburg: Stadtrat (2), Ortsrat Vorsfelde (1), Ortsrat Stadtmitte (1).

oder Studenten in unseren Reihen. Was alle eint, ist eine Verdrossenheit über die Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Wir möchten beteiligt werden an den Entscheidungen. Viele haben das Gefühl, dass sie den Parteien nicht mehr vertrauen können.

Laut Forschungsgruppe Wahlen haben nur 10 Prozent der Wähler die Piratenpartei wegen der Inhalte gewählt. Wofür stehen Sie überhaupt?

Wenn man sich die Wahlanalysen anschaut, dann haben drei Faktoren für die Piratenpartei gesprochen.

Zum einen verkörpern wir etwas Anderes, etwas Frisches. Der zweite Punkt ist Transparenz und der dritte Bildung. Die etablierten Parteien scheinen da völlig das Interesse der Wähler vergessen zu haben. Die ganze Diskussion dreht sich um G 8 oder G 9, Integrierte Gesamtschulen (IGS) oder Obsthäfen – aber das sind rein politische Diskussionen, ohne Eltern und Schüler gefragt zu haben, was sie überhaupt wollen.

Was will denn die Piratenpartei?

Das, was die Eltern wollen.

Und was ist das?

In Braunschweig haben wir ein eindeutiges Statement: Es gibt deutlich mehr Anmeldungen für die Plätze der IGS, als geboten werden können. Das macht deutlich, dass eine fünfte IGS gefordert ist. Außerdem muss mehr Medienkompetenz in die Fächer einfließen. Schüler müssen Inhalte betrachten und bewerten können – unabhängig davon, ob es um das Internet, die Zeitung, Fernsehen oder Radio geht.

Wie sieht es mit anderen wichtigen Politikfeldern aus – Wirtschaft und

Angst vor der Strahlung – Braunschweiger verlässt Japan

Während Zehntausende von Japanern gegen Atomkraft protestieren, geht Familie Rösler wegen der Bedrohung zurück nach Deutschland

Von Felix Mescoli und unseren Agenturen

In Japan regt sich Widerstand gegen die Atomkraft. In der Hauptstadt Tokio demonstrierten gestern rund 60 000 Menschen und forderten von der Regierung die Abschaltung der 54 Meiler im Land. Denn auch ein halbes Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima sind die zerstörten Reaktoren noch immer nicht voll unter Kontrolle.

„Die Leute beginnen sich zu fragen, wozu Fortschritt und Wohlstand, erkauft mit den Risiken der Atomkraft, eigentlich da sind und wem sie zugute kommen. Das ist ja nicht der kleine Mann“, sagt Dirk Rösler. Der gebürtige Braunschweiger lebt mit seiner japanischen Frau und zwei Kindern unweit von Tokio. Man sollte aber nicht denken, die Japaner hätten es endlich kapiert, empfiehlt der 41-Jährige.

Die Anti-Atombewegung gebe es zwar schon lange, führe aber wie

viele andere oppositionelle Bewegungen, die sich am ehesten als links-alternativ bezeichnen ließen, nur ein Schattendasein. „Selbst wenn 60 000 auf die Straße gehen, ist das in einer Stadt mit 9 Millionen Einwohnern nur eine kleine Minderheit“, konstatiert Rösler.

Energieminister Goshi Hosono

„Der Schutt aus dem Katastrophengebiet wird aufs ganze Land verteilt.“

Der Braunschweiger Dirk Rösler, der noch in Japan lebt



hat unterdessen in Wien angekündigt, Japan wolle seine Energiepolitik überprüfen. Man werde bis zum Ende kommenden Jahres eine öffentliche Debatte über die Atomkraft führen.

Ob dies bedeute, dass Japan aus der Nuklearenergie aussteige, wollte

Hosono nicht bestätigen. „In Japan gibt es eine Art Konsens, dass wir unsere Abhängigkeit von Nuklearenergie verringern wollen“, sagte der Minister in Wien vor Journalisten. Über die Geschwindigkeit und den richtigen Weg zu diesem Ziel sei man sich aber noch im Unklaren.

Jedenfalls ist das Alltagsleben vieler Japaner von der Atomkatastrophe stark in Mitleidenschaft gezogen: Der Kindergarten, den auch Röslers Kinder besuchen, hat die Eltern gebeten, mitzuhelfen, dort fünf Zentimeter vom Boden abzutragen. „Das wurde auch gemacht, das Erdreich lag dann in einer Ecke“, berichtet Rösler.

Zwar lebt die Familie Hunderte von Kilometern vom havarierten Atomkraftwerk entfernt, doch liegt ihr Wohnort Abiko mitten in einem



Massenproteste gegen die Atomkraft in der Innenstadt von Tokio. Foto: dpa

„Hot Spot“. So nennt die Wissenschaft begrenzte, durch radioaktive Niederschläge verseuchte Orte. Sie können stärker von Strahlung betroffen sein als Regionen, die näher am Unglücksort liegen, da sich strahlende Partikel, die vom Wind transportiert werden, ungleichmäßig ablagern.

„In der Nähe unseres Hauses verläuft ein 50 Meter breiter Streifen, in dem auch die Schule liegt. Dort be-

trägt die Strahlenbelastung 0,9 Mikrosievert pro Stunde, vor meiner Haustür sind es dagegen 0,6“, berichtet Rösler.

Auch im übrigen Land werden die Menschen zunehmend mit den Auswirkungen des Unglücks konfrontiert. „Der Schutt aus dem Katastrophengebiet wird aufs ganze Land verteilt“, berichtet Rösler. Er lande in Müllverbrennungsanlagen und bei der Landgewinnung. In der Stadt Kyoto habe man sogar Bauholz aus der Region bei einem Feuerfest verbrannt. „Der Bürgermeister hat sich zwar zunächst geweigert, musste sich dann aber für diese Haltung sogar öffentlich entschuldigen.“

Man könne dem Problem einfach nicht Herr werden, meint Rösler. „Jemand hat ausgerechnet, dass eigentlich Milliarden Kubikmeter abgetragen werden müssten. Im Grunde kann man nichts Anderes tun, als die Grenzwerte zu erhöhen“, sagt Rösler resignierend. Am 12. Oktober zieht die Familie nach Deutschland.